

Richtlinie des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz als oberste Wasserbehörde zur Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung

1 Zuwendungszweck und Rechtsgrundlagen

Der Freistaat Thüringen gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie

1.1 in der Förderperiode 2007 bis 2013 im Rahmen des Operationellen Programms Thüringens für den „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11.07.2007 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds, der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 05.07.2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in der jeweils gültigen Fassung,

1.2 in der Förderperiode 2007 bis 2013 im Rahmen des „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes“ (ELER) auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 sowie deren Durchführungsbestimmungen in der jeweils gültigen Fassung und

1.3 aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) (GAK-Gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.1988 (BGBl. I S. 1055), das zuletzt durch Artikel 189 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist)

unter Beachtung der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) sowie der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften, der §§ 48, 49 und 49 a des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) und des § 71 Abs. 3 des Thüringer Wassergesetzes (ThürWG) Zuwendungen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung und an Hochwasserschutzanlagen, die nach § 67 Abs. 1, § 68 Abs. 1 Punkt 2, § 70 Abs. 1 und § 75 Abs. 2 ThürWG dem Unterhaltungspflichtigen als öffentlich-rechtliche Verpflichtung obliegen.

Für Kommunen bis einschließlich 5 000 Einwohnern werden Mittel aus dem ELER für den ländlichen Raum eingesetzt, Mittel aus dem EFRE werden ausschließlich für Kommunen mit mehr als 5 000 Einwohnern eingesetzt. Maßgeblich ist beim Hochwasserschutz die Einwohnerzahl der zu schützenden Kommune. GAK-Mittel werden zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes eingesetzt.

Die Ziele und Indikatoren des ELER sind in Ziffer 5.3.1.2.6 FILET/Code 126 sowie Ziffer 5.3.3.2.3 FILET/Code 323 formuliert.

Die Ziele und Indikatoren für den EFRE sind im operationalen Programm EFRE Thüringen 2007 – 2013 unter Schwerpunkt 4 Absatz 3.4.1 formuliert.

Ein Rechtsanspruch des Antragstellers auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die oberste Wasserbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 Gegenstand der Förderung

Zuwendungsfähig sind Maßnahmen an Hochwasserschutzanlagen, die nach § 75 Abs. 2 ThürWG in der Unterhaltungslast

der Gemeinden liegen, sowie Maßnahmen an den Gewässern zweiter Ordnung. Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen zuwendungsfähig:

2.1 Konzeptionelle Vorarbeiten und Erhebungen im Zusammenhang mit Maßnahmen nach 2.2 bis 2.4

2.2 Neubau und Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen

2.3 Rückbau von Deichen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes, insbesondere zur Wiedergewinnung von Überschwemmungsgebieten

2.4 Maßnahmen zur naturnahen Gewässerentwicklung, um den ökologischen und chemischen Zustand der oberirdischen Gewässer zu verbessern, z. B. durch

- Schaffung von Gewässerentwicklungsräumen,
- Verbesserung der Durchgängigkeit,
- Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft.

3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind Gemeinden, Zweckverbände sowie Wasser- und Bodenverbände, die nach § 68 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 sowie § 75 Abs. 2 ThürWG Träger der Aufgaben sind.

Sofern Zweckverbände oder Wasser- und Bodenverbände bestehen, werden die Zuwendungen nur an die Verbände und nicht an einzelne Verbandsmitglieder gewährt.

4 Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Hochwasserschutzmaßnahmen nach Nrn. 2.2 und 2.3 dürfen nur im Rahmen eines Hochwasserschutzkonzeptes gefördert werden und wenn sie mit den betroffenen Ober- und Unterliegern erörtert sind.

4.2 Der Wiedergewinnung von Überschwemmungsgebieten nach Nr. 2.3 ist gegenüber dem Neubau oder der Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen nach Nr. 2.2 Vorrang zu geben.

4.3 Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung ist, dass die Maßnahme Bestandteil des jährlichen Programms zur Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung der obersten Wasserbehörde ist. Die oberste Wasserbehörde kann bei nachgewiesener Dringlichkeit einzelner Maßnahmen das laufende Programm ändern.

4.4 Eine Zuwendung kann nur für Maßnahmen erfolgen, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen und nach Art und Umfang aus wasserwirtschaftlichen oder gewässerökologischen Gründen erforderlich sind. Bei der Planung und Durchführung sind die Erfordernisse von Umwelt, Naturschutz und Landschaftspflege mit einzubeziehen. Die „Richtlinie zur naturnahen Unterhaltung und zum Ausbau von Fließgewässern“ in der jeweils gültigen Fassung ist zu beachten.

4.5 Die Gewährung einer Zuwendung setzt, soweit erforderlich, eine wasserwirtschaftliche und landschaftspflegerische Gesamtkonzeption voraus, in die sich die beantragte Maßnahme einpasst.

4.6 Mit einer Zuwendung bedacht werden kann nur eine in sich abgeschlossene Maßnahme.

4.7 Die Gewährung einer Zuwendung setzt voraus, dass die für die Maßnahme erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen (z. B. wasserrechtliche Planfeststellung, Genehmigung, naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung) zum Zeitpunkt der Bewilligung vorliegen.

4.8 Zuwendungen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Planung,

Voruntersuchung und Grunderwerb gelten nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.

Ein vorzeitiger Vorhabensbeginn kann auf begründeten Antrag zugelassen werden. Hierzu bedarf es der abgeschlossenen Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen. Mit der Zustimmung wird bescheinigt, dass die Ausführung des Vorhabens einer späteren Förderung nicht entgegensteht. Der Vorhabens-träger trägt das Finanzierungsrisiko.

Aus einer Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn kann kein Rechtsanspruch auf Förderung abgeleitet werden. Sie ist keine Zusicherung auf Erlass eines Zuwendungsbescheides im Sinne von § 38 ThürVwVfG.

5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

5.1 Die Zuwendungen werden als Anteilsfinanzierung im Rahmen der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt.

5.2 Bemessungsgrundlage

5.2.1 Zuwendungsfähige Ausgaben

Bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben ist von den Investitionsausgaben auszugehen, die nach Abzug von Leistungen Dritter aufgrund besonderer Verpflichtungen und der sonstigen nicht zuwendungsfähigen Ausgaben verbleiben.

Nach Vorlage des Submissionsergebnisses wird geprüft, ob aufgrund geänderter zuwendungsfähiger Ausgaben der Zuwendungsbetrag zu aktualisieren ist. Die Zuwendungsbescheide werden auf der Basis des Submissionsergebnisses nach Vorlage eines aktualisierten Finanzplanes angepasst.

Zuwendungsfähig sind:

- Bauausgaben, die bei sparsamer und wirtschaftlicher Durchführung der Maßnahme unmittelbar notwendig sind, um den Zweck der Maßnahme zu erreichen,
- Ausgaben, die für Planung nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der jeweils geltenden Fassung anfallen,
- notwendiger Grunderwerb für alle baulichen Anlagen bis max. 10 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben,
- zusätzlich bei Mitteleinsatz aus der GAK: Ausgaben für den notwendigen Grunderwerb für sonstige wasserwirtschaftliche Maßnahmen entsprechend dem Verkehrswert, einschließlich der Vermessungs- und Notariatsausgaben und der Ausgaben der Grundbucheintragung, soweit er zur Durchführung der geförderten Maßnahme unabdingbar ist,
- Ausgaben, die für die Realisierung der Maßnahmen nach Nr. 2.1 anfallen,
- Ausgaben, die der Maßnahme nicht unmittelbar zuzurechnen, aber für die Durchführung unerlässlich sind (z. B. Vermessungsleistungen, Luftbildauswertungen, Kartierungen).

Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere:

- die Unterhaltung und Pflege von Gewässern und wasserwirtschaftlichen Anlagen,
- mobile Hochwasserschutzwände,
- Hochwasserschutzanlagen zum Schutz neuer oder geplanter Siedlungs- und Industriegebiete,
- Ausgaben, die ein anderer als der Träger der Maßnahme zu tragen verpflichtet ist,
- Ausgaben, die durch unzureichende Vorarbeiten, mangelhafte Planung, unrichtige Massenansätze, nicht fachgerechte Bauausführung sowie unzureichende oder mangelhafte Ausrüstung der Maßnahme entstehen,
- Ausgabenerhöhungen durch inhaltliche Änderung von Leistungspositionen,

- Ausgaben für zusätzliche Leistungen, die nicht Bestandteil des Submissionsergebnisses sind,
- Ausgaben für Anlagen, die zeitlich und örtlich zusammen mit der Maßnahme durchgeführt werden, aber einem anderen Zweck dienen,
- Ausgaben für Betrieb und Unterhaltung maschinentechnischer Anlagen,
- Ausgaben für Eigenpersonalleistungen und eigene Beschaffung von Materialien,
- Ausgaben für die Betriebs- und Verwaltungsgebäude, Bauhöfe, Dienst- und Werkdienstwohnungen und Garagen,
- Ausgaben für die Kapitalbeschaffung, sonstige Abgaben,
- als Vorsteuer abziehbare und abzugsfähige Umsatzsteuerbeträge
- Verwaltungsausgaben, soweit sie nicht im Ausnahmefall für den Grunderwerb (siehe 5.2.1 vierter Anstrich) anfallen, sowie Versicherungen und Abschreibungen,
- Anschaffung von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Geräten zur Bauausführung und Fachliteratur,
- Ausgaben für wissenschaftliche Begleituntersuchungen, soweit sie nicht besonderen übergeordneten wasserwirtschaftlichen und ökologischen Fragestellungen dienen,
- Grunderwerb landwirtschaftlich nutzbarer Flächen in Hochwasserrückhaltebecken und -poldern.

5.2.2 Höhe der Zuwendung

Die Zuwendungshöhe errechnet sich auf der Grundlage der als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben für den Zuwendungszweck im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Nach dieser Richtlinie können Zuwendungen in Höhe von bis zu 70 % gewährt werden.

Anträge, deren voraussichtliche zuwendungsfähige Kosten unter 7.500,00 € liegen, werden nicht im Förderprogramm berücksichtigt.

6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Abweichende oder ergänzende Zuwendungsbestimmungen, die sich aus den Fördergrundsätzen der GAK, des EFRE und des ELER der Europäischen Union aus der Förderperiode 2007 – 2013 ergeben, werden bei der Bewilligung von Fördermitteln aus diesen Bereichen berücksichtigt.

Zuwendungen werden gewährt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten

- Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren ab Fertigstellung,
- technischen Einrichtungen, Maschinen und Geräte innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren ab Lieferung

veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet werden.

Der Antragsteller ist bis mindestens zum 31. Dezember 2021 zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung aller dem Nachweis über die Durchführung des Vorhabens dienenden Belege verpflichtet. Darüber hinaus behält sich der Zuwendungsgeber weitere Regelungen vor.

7 Verfahren

7.1 Anmeldung/Förderprogramm

Die nach Nr. 3 der Förderrichtlinie Antragsberechtigten (Antragsteller) melden ihre geplanten Maßnahmen zur Auf-

nahme in das Förderprogramm gemäß dem Formblatt (wird von der Thüringer Aufbaubank (TAB) zur Verfügung gestellt) bis zum 30. April eines Jahres für die Umsetzung im Folgejahr bei der Thüringer Aufbaubank (TAB) mit folgenden Unterlagen (2-fach) an:

- Erläuterungsbericht,
- Lageplan,
- Kosten- und Zeitplan.

Die TAB stellt aus den Anmeldungen eine Prioritätenliste zusammen und legt diese der obersten Wasserbehörde vor.

Die oberste Wasserbehörde erarbeitet und bestätigt das Förderprogramm und unterrichtet bis zum 30. September des Vorjahres der Förderung die in das Förderprogramm aufgenommenen Antragsteller.

7.2 Antragsverfahren

Von den ins Förderprogramm aufgenommenen Antragstellern ist bis spätestens 31. März des Jahres der Förderung ein Antrag in einfacher Ausfertigung bei der TAB vorzulegen. Die für die Antragstellung erforderlichen Formulare werden durch die TAB zur Verfügung gestellt. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- Beschreibung und Begründung des Vorhabens/Erläuterungsbericht
- Übersichtslageplan Gesamtvorhaben M 1 : 25 000
- Lageplan M 1 : 5 000
- Detailpläne
- Bauzeitenplan
- Detaillierte Kostenermittlung der Maßnahme, für die die Förderung beantragt wird, mit Ausweisung der nicht zuwendungsfähigen Kosten
- Rechtsaufsichtliche Würdigung (Bestätigung der zuständigen Aufsichtsbehörde zum Finanzierungsplan für die beantragte Maßnahme)
- Stellungnahmen/Genehmigungen nach Ziff. 4.7

Liegen nach Ablauf der gesetzten Frist noch keine vollständigen Antragsunterlagen vor, kann die Einordnung in das Förderprogramm rückgängig gemacht werden.

7.3 Bewilligungsverfahren

Zuständige Stelle für die Bewilligung der Zuwendungen ist die TAB. Das Bewilligungsverfahren kann eingeleitet werden, wenn der Antrag und die ergänzenden Antragsunterlagen vollständig vorliegen.

7.4 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren/Controlling

Die Mittel sind formgebunden bei der TAB zur Auszahlung abzufordern. Die Auszahlung der Mittel kann nur aufgrund im Original vorgelegter, bereits gezahlter Rechnungen und deren Buchungsbelege erfolgen.

Die Fördermaßnahmen werden durch den Zuwendungsgeber einer Zielerreichungskontrolle (Controlling) gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 23 ThürLHO unterzogen.

7.5 Verwendungsnachweisverfahren

Innerhalb der im Zuwendungsbescheid gesetzten Frist, spätestens jedoch 6 Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes, ist ein Verwendungsnachweis gegenüber der Thüringer Aufbaubank zu führen. Bei Nichteinhaltung der Vorlage-

termine bleibt eine Rückforderung der Zuwendung vorbehalten.

Förderanträge für weitere Maßnahmen werden nur dann bearbeitet und bewilligt, wenn der Antragsteller mit der Vorlage der prüffähigen Verwendungsnachweise nicht in Verzug ist.

Die bewilligende Stelle, die zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission sowie weitere nach den jeweils geltenden gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften berechtigten Stellen sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufragen und zu prüfen sowie die ordnungsgemäße und zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen (vgl. § 44 Abs. 1 Satz 3 ThürLHO).

Die bewilligende Stelle prüft den Verwendungsnachweis im Sinne von VV zu § 44 ThürLHO, Ziffer 11. Nicht zweckentsprechend eingesetzte Mittel sind gemäß § 49 a ThürVwVfG zurückzuzahlen.

Die Prüfungsrechte des Thüringer Rechnungshofes (§ 91 ThürLHO) oder seiner mit der Prüfung beauftragten Rechnungsprüfungsstellen (§ 88 Abs. 1 ThürLHO) des Bundesrechnungshofes (§ 91 BHO) und des Europäischen Rechnungshofes bleiben hiervon unberührt.

7.6 Zu beachtende Vorschriften

Mit den konkreten Förderbescheiden werden die jeweils geltenden Bestimmungen bekannt gegeben.

Die Förderung nach dieser Richtlinie beinhaltet Kontrollen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfen eingehalten wurden und EX-post-Kontrollen bei investitionsbezogenen Vorhaben. Das schließt ausdrücklich auch Kontrollen vor Ort ein. Es finden die entsprechenden Kontrollvorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1975/2006 und der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 in der aktuell gültigen Fassung Anwendung.

Nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 sind Informationen über Zahlungen und die Empfänger von Mitteln aus dem EFRE zu veröffentlichen.

Nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 sind Informationen über Zahlungen und die Empfänger von Mitteln aus dem ELER zu veröffentlichen.

Zu veröffentlichen sind die Namen der juristischen Personen oder Vereinigungen, die jeweiligen Sitze sowie die erhaltenen Förderbeträge. Die Informationen sind zwei Jahre vom Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung der Öffentlichkeit zugänglich. Die Veröffentlichung erfolgt im Internet. Die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt.

Die Informationen können zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften von Rechnungsprüfungs- und Untersuchungseinrichtungen der Europäischen Gemeinschaften, des Bundes, der Länder, der Kreise und der Gemeinden verarbeitet werden.

Sofern die Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes nach der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 und den dazu ergangenen Vorschriften einschließlich dieser Richtlinie nicht eingehalten werden, kommt die Kürzung der Beihilfe oder der Ausschluss von der Förderung in Betracht. Die TAB verfügt die Kürzung oder den Ausschluss nach den Vorschriften zu Kürzungen und Ausschlüssen der Verordnung (EG) Nr. 1975/2006. Es gelten die Normen in der aktuell gültigen Fassung.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV zu § 44 ThürLHO, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

8 Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt mit ihrer Veröffentlichung im Thüringer Staatsanzeiger in Kraft und am 31.12.2015 außer Kraft. Sie gilt auch für alle Anträge, die im Jahr 2010 gestellt werden.

Mit Inkrafttreten dieser Förderrichtlinie tritt die Richtlinie vom 01.02.2000, veröffentlicht im ThürStAnz Nr. 11/2000 S. 549, und die Förderrichtlinie vom 10.12.2003, nicht veröffentlicht, außer Kraft.

Erfurt, den 16.06.2010

Jürgen Reinholz
Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz
Erfurt, 16.06.2010
Az.: 44-5423
ThürStAnz Nr. 26/2010 S. 834 – 837